

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung...  
Zerfallspreis 1.50 M. für die 6 gepulverte Korngänge über deren Raum, Rollmasse, die 2 halbjährige Korngänge 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. ...



Zerfallspreis 1.50 M. für die 6 gepulverte Korngänge über deren Raum, Rollmasse, die 2 halbjährige Korngänge 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. ...

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 231.

Sonntag den 2. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Grumbach.

Vom 5. Oktober 1921 ist das Lichtgeld in den Vormittagsstunden an die hiesige Orts-Steuer-Einnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsverteilung.

Grumbach, am 1. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

### Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

#### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Dem Kaiserbundesrat wurde eine deutsche Note mit Denkschriften über Oberschlesien zugestellt, aus denen der Wille der Bevölkerung, ungeteilt bei Deutschland zu bleiben, klar hervorgeht.
- \* Im Reichstage wurde der Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika in allen drei Lesungen angenommen.
- \* Nach einer Mitteilung im Reichstage befinden sich noch 366 deutsche Kriegsgefangene in französischer Hand.
- \* Der Vertreter Englands hat gegen die Wiesbadener Abmachungen zwischen Rathenau und Loucheur Protest eingelegt.
- \* Lloyd George ladet in seiner Antwort an den Frensführer de Valera die Sinnfeiner zu neuen Verhandlungen nach London am 11. Oktober ein.
- \* Der ungarische Landesverteidigungsausschuss gegen die Abtretung des Burgenlandes hat unter Führung Stefan Friedrich die Selbständigkeit Bestimmung ausgerufen.
- \* Polen übernimmt nach dem Vertrag mit Danzig die gesamten Eisenbahnen des Freistaates, der nur einige Garantien erhält.

#### Notwendigkeiten

Über die Ergebnisse der Beratungen der deutschen Industrievertreter in München wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat diesmal allenfalls ungewöhnliche Beachtung gefunden. In der Hauptsache wohl um deswillen, weil kurz zuvor bekannt geworden war, daß gerade von dieser Organisation unseres Wirtschaftslebens weitreichende Mängel zum Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Staatskredits zur Aussprache gestellt worden sind. Natürlich gab auch die Anwesenheit des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau den Münchener Verhandlungen ein erhöhtes Gewicht; aber auch was die eigentlichen Führer und Wortführer der Industriellen auf dieser Tagung zu sagen hatten, mußte bei der gegenwärtigen Lage unseres Landes auf ganz besondere Beachtung Anspruch machen. Die Verhandlungen waren, das wird überall zugegeben, so ziemlich von Anfang bis zum Ende von dem Willen zur Sachlichkeit beherrscht, mehr noch, vom Willen zur Bejahung, zur Mitarbeit an den unendlich schwierigen, unendlich verantwortungsvollen Aufgaben, die das Reich nach Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und nach Annahme des Londoner Minimums zu lösen hat. Sowohl in der Frage der Reparationsleistungen, wie in der Sorge um den notwendigen Ausbau unseres Steuersystems hat sich der Reichsverband der Deutschen Industriellen in München der Reichsregierung zur Verfügung gestellt. Man verlangte gewiß auch mit seinem sachverständigen Räte gehört zu werden, eine Forderung, der sich gerade die heutige Regierung, die sich ja auf Schritt und Tritt von den Verbänden der beteiligten Interessenten beraten läßt, noch weniger als irgend eine ihrer Vorgängerinnen entziehen kann. Aber wenn die Regierung die Wahl hat, diese Träger der Wirtschaft in augenscheinlicher Weise zu bestimmten Leistungen heranzuziehen, oder ihre angebotene Freiwilligkeit in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen, so kann die Entscheidung, vorausgesetzt, daß auch sie sich dabei lediglich von sachlichen Rücksichten leiten läßt, kaum zweifelhaft sein. Herr Rathenau hat denn auch schon für seine Person, was die von ihm beabsichtigten Lieferungsverträge zur Ausführung des Wiesbadener Abkommens mit Herrn Loucheur betrifft, den Grundsatz der Freiwilligkeit sehr stark in den Vordergrund gerückt. Er scheint geneigt zu sein, soweit es in dieser Beziehung ohne Zwang nicht abgehen wird, seine Ausübung auf die Selbstverwaltungsgremien der Industrie zu übertragen. Jedenfalls ist es ihm gelungen, mit den Vertretern der Industrie bei seiner mündlichen Aussprache zu verständnisvollen Beziehungen anzuknüpfen, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten wohl erhofft werden darf. Ungleich schwieriger wird es sein, in der Steuerfrage zu einem Einvernehmen zu gelangen. Hier ist die Industrie durch das Wort von der Erfassung der Goldwerte alarmiert worden. Gerade hier aber darf nicht bloß mit absprechender Kritik gearbeitet werden. Die Industrie muß in opferbereiter Gefinnung dem Reiche geben, was es braucht, oder wenigstens, was es von ihr als dem erfolgreichsten Teilhaber der deutschen Arbeit beanspruchen darf. Daß es ohne Eingriff in die Substanz des Unternehmerskapitals nicht abgehen wird, ist bei der ungeheuren Größe des Bedarfs eine von seiner Seite mehr gelangene Notwendigkeit. Worauf es den Industriellen an-

kommt, ist die Sicherheit, daß es bei diesem einmaligen Eingriff auch sein Verwenden habe, und die Sorge, durch einseitigen in ermäßigende Besetzung des Marktes wieder Grund unter den Füßen zu bekommen. So ergibt sich die Verbindung von nationalen und internationalen Finanzmaßnahmen, zu der auch die mehr und mehr sich komplizierenden Finanzverhältnisse der außerdeutschen Länder unabwendbar hindrängen. Der Unterschied ist nur, daß Deutschland eigentlich keinen Augenblick mehr zögern darf, zu tun, was seine Not ihm vorschreibt, während die Siegerstaaten allenfalls in Worten die internationalen Zusammenhänge anerkennen, auch von der Notwendigkeit internationaler Konferenzen sprechen, aber sich zu wirklich rettenden Taten nicht entschließen können. Für die unmittelbare Gegenwart kann deshalb den Münchener Verhandlungen zunächst nur der Wert eines Stimmungsberaters zugesprochen werden. Sache der auf breitere Basis zu stellenden Reichsregierung wird es sein, für den deutschen Aufbau aus ihnen möglichst ungefümmten Nutzen zu ziehen, den sie bieten können.

#### Staatsreich in Bestungarn.

Erklärung der Selbständigkeit. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Stefan Friedrich und der von ihm geleitete Landesverteidigungsrat haben im Verlauf der Schwierigkeiten, die Ungarn der durch die Entente bis zum 4. Oktober verlangten Abtretung Bestungarns, des sog. Burgenlandes, entgegensetzte, eine gewaltsame Lösung versucht, indem sie die Selbständigkeit Bestungarns proklamierten. Für Gott, König und Vaterland sagt die Proklamation, mit der Stefan Friedrich die Unabhängigkeit des Landes bekanntgab. Die Kundgebung sagt u. a.: „Infolge des von der Entente uns aufgezwungenen Friedens war die ungarische Regierung gezwungen, auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte über Bestungarn zu verzichten. Somit hat der Landesverteidigungsrat die Herrschaft über Bestungarn übernommen und wird das Land als selbständige Regierung verwalten. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortführen. Tue jeder seine Pflicht.“ Die ungarische Regierung gab ungefähr zu gleicher Zeit an die Entente die Mitteilung, das westungarische Gebiet bis zum 4. Oktober zu räumen, obwohl es sich nicht leugnen ließe, daß große Behinderungen entstehen könnten. Ob die Entente nun Truppen schicken wird, um Bestungarn endlich an Österreich zu bringen, kann bezweifelt werden. Auch das Mittel einer Wirtschaft- und Verkehrsblockade gegen Ungarn, von dem gesprochen wurde, dürfte kaum zu dem erhofften Resultat führen, da die Insurgenten in dem reichen Lande, das sich sehr gut selbst ernähren kann, dadurch in keiner Weise wandend gemacht werden dürften. Im Burgenland sollen sich 40000 bewaffnete ungarische Insurgenten aufhalten. Eine kriegerische Rede hielt der Leiter der Loslösungsidee Stefan Friedrich in Budapest, wo er sich bis jetzt ungehindert von der ungarischen Regierung aufhält. Er sagte u. a. „Durch unsere läbliche Tat wird jedes weitere Feilschen unmöglich gemacht. Wer es wagt, Bestungarn zu betreten, wird einfach erschossen. Ich meine übrigens, daß höchstens die Kaiserin-Mutter von China Truppen nach Bestungarn schicken wird. Mäße aber kommen, wer da wolle. Mäße man feilschen und verhandeln. Wir machen die Augen zu, stehen und schleifen darauf los, und jeder möge sich hüten, in unsern Bereich zu kommen.“

#### Kanzlerrede im Reichstage

(136. Sitzung.) CA Berlin, 30. September. Die für heute angekündigte große Sitzung hatte eine starke Besetzung des Hauses und eine starke Befetzung der Tribünen veranlaßt. Zugegen waren der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Reichsjustizminister, der Minister des Innern, der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der Reichswehrminister und verschiedene Vertreter der Bundesstaaten. Sitzungsbericht. Eröffnet wurde die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten Loebe. Hieraus wurden Kleine Aufzagen erledigt. Der Abg. Reichert (Deutschl.) fragte an, ob die angeblich dem Friedensvertrage von Versailles zugrunde gelegten Adressen von 150000 Angehörigen des Zarats die...

tes, von denen die Errichtung eines eigenen Saargebietes gefordert wurde, gefährdet sei, und ob die Regierung daraus einen Grund zur Revision ableiten wolle. Seitens der Regierung wurde erwidert, daß von einer solchen Revision überhaupt nichts bekannt sei. Im übrigen werde eine Denkschrift über die Angelegenheiten des Saargebietes noch im Laufe des Oktobers erscheinen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rumm (Deutschl.) wurde mitgeteilt, daß noch 306 Gefangene in französischer Gefangenschaft sind. Auf eine weitere Anfrage der Deutschnationalen wegen des Verbotes schwarz-weiß-roter Schleifen bei einer feierlichen Veranstaltung in Schwiebus wurde erwidert, daß zunächst ein Verbot der Veranstaltung auf den Einspruch der Arbeiterschaft hin erfolgt sei, dieses Verbot aber nach näherer Auffklärung über den Zweck der Veranstaltung aufgehoben und nur die Anlegung weißer Schleifen zur Verbindung gemacht worden sei. Auf eine Anfrage der ober- und ostpreussischen Abgeordneten erwiderte der Minister des Innern, daß die Reichsregierung unter allen Umständen das Gesetz über die Autonomie Oberschlesiens zur Durchführung bringen werde.

Annahme des Friedensvertrages mit Amerika. Nach Erledigung der kleineren Anfragen und Erledigung einiger kleinerer Vorlagen kam man zur Beratung des Friedensvertrages mit Amerika. Abg. Eißler (Komm.) fragte, was von den 14 berühmten Punkten Wilsons übrig geblieben sei. Die weiteren Ausführungen des Redners bebanden in Ausfällen gegen den Populismus und die Bestehen. Darauf wurde der Vertrag in erster, zweiter und dritter Lesung genehmigt. Präsident Loebe faßte daran die Bemerkung, das nunmehr der Weg gefunden sei, die letzten noch aus dem Kriege herrührenden Streitpunkte zu beseitigen, und gab der Fassung Ausdruck, daß der Friede zwischen uns und Amerika nie wieder gefährdet werde.

Die innere Politik. Alsdann kam man zu den Anträgen und Interpellationen wegen der Frage der Durchführung der Politik des Reichskanzlers, des Schutzes der Republik und der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. August. Wie viele Anträge und Interpellationen wurden miteinander verbunden. Abg. Bergt (Deutschl.) behauptete, daß der Reichskanzler nicht selbst im veranlaßt gesehen habe, über die schweren Gefahren der letzten Tage, über die Verordnung des Reichspräsidenten vom August und September zu sprechen. Es liege aber ein Rückzug auf der ganzen Linie vor, und zwar sein siegreicher. Einmal nur sei klar, auch heute wolle die Reichsregierung noch kein Friedensbringer sein. Wäre es ihr mit dem inneren Frieden, wie sie es selbst immer im Munde führt, ernst gewesen, hätte sie wohl offen zugegeben, daß sie sich übernommen habe und zu weit gegangen sei. Diese Ausführungen wurden auf der linken mit Lachen aufgenommen. Bei den weiteren Ausführungen des Redners häuften sich die

kürzlichen Kundgebungen der Linken. Für Deutschnationalen, betonte der Redner u. a., sind stets eine Partei der Versöhnung gewesen und sind bereit, diese Versöhnungspolitik durch die Tat zu bekräftigen. Der Geist der Heiligung ist aber derselbe geblieben, deshalb müssen auch wir in Kampfbereitschaft verharren. Der Redner ging dann auf die bahare Frage ein. Die Verordnung des Reichspräsidenten war damals einfach ein Aufruf zur Aufrichtung der geschlichen Bestimmungen. Jetzt ist die Verordnung natürlich geändert worden. Weiter wies der Redner mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Mörder Erzberger als Deutschnationalen zu bezeichnen. Die Zugehörigkeit beider Redner zur Deutschnationalen Partei sei nicht erwiesen und wäre im übrigen genau so wenig bewiesen, wie die Zugehörigkeit des Bismarck-Attentäters zur Zentrumspartei.

Wie stehen auf dem Boden der Versöhnung. betonte der Redner, genau wie alle anderen Parteien und wir erfinden den Reichskanzler, die Erklärung zu reflektieren. Wir reflektieren gegen haltlose Verdächtigungen. Dann erwähnte der Redner das Uniformverbot und das Verbot der Regimentsfeste. Persönlichkeiten aller Parteifarierungen nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Wir bestreiten nicht, daß die Sozialdemokraten auch Nationalgefühl besitzen, aber sie sollen es besitzen auch den Ententemächten gegenüber. (Zuruf: „Aber nicht in Ihrem Sinne!“) Das Verhalten des Reichskanzlers bei der Hege gegen die Deutschnationalen, der selbst als Kämpfer in die Arena getreten wäre, dieses Verhalten sei für einen Mann, der über dem Ganzen stehen solle, unerträglich. Mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß alle Kreise des Volkes sich wieder zum gemeinsamen Wohl des Vaterlandes zusammenschließen werden, beendete der Abg. Bergt seine Rede.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Zum ersten Male, bemerkte er, hätten die Deutschnationalen Gelegenheit gehabt, Ausnahmegesetzungen am eigenen Leibe kennen zu lernen. Jetzt würden sie das Verständnis dafür haben, daß Ausnahmegesetzungen unter allen Umständen notwendig seien. Wenn die Deutschnationalen sich aber heute ein harmloses Mäntelchen umhängen, so könnten sie niemand täuschen. Ihre Maulwurfsarbeit zur Biedererrichtung ihrer Herrschaft, ihre Ausschüttel, ihre Schaffung von bewaffneten Truppenkörpern auf den einzelnen Gütern seien bekannt genug. Reichskanzler Dr. Wirth. Der Kanzler ging zunächst auf die Verhandlungen mit Bayern ein und auf den Antritt des neuen bayerischen Ministerpräsidenten, des Grafen Berchthold. Als Reichs-